

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Direktion für Entwicklung und
Zusammenarbeit
Freiburgstrasse 130
3003 Bern

27. Juni 2018

Zweiter Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 28. März 2018 haben uns das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA), das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) und das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) zum Vernehmlassungsverfahren zum zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Staaten eingeladen. Wir danken Ihnen dafür und machen von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt dem Vorhaben der Bereitstellung eines zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Staaten nur unter Vorbehalten zu. Diskriminierende oder sachfremde Entscheide der EU-Kommission, wie die befristete Anerkennung der Börsenäquivalenz, belasten die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU. Der Kanton Aargau erwartet vor diesem Hintergrund im Rahmen des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Staaten eine bessere partnerschaftliche Zusammenarbeit, als sie in letzter Zeit von Seiten der EU-Staaten zu spüren war. Dabei gilt es von den EU-Staaten insbesondere die föderalistischen Elemente der Schweiz zu akzeptieren und zu anerkennen, dass diese wichtige institutionelle Pfeiler des Schweizer Staats darstellen. Trotz der inhaltlichen Sinnhaftigkeit sind auf politischer Ebene im Rahmen des zweiten Schweizer Beitrags bei den europäischen Staaten entsprechende Verbesserungen oder gewisse Gegenleistungen einzufordern.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau unterstützt das Schwerpunktthema Berufsbildung und Migration. Er erwartet jedoch vom Bund, dass beim Schwerpunktthema Migration mit den Kantonen und Gemeinden zusammengearbeitet wird und die Zusammenarbeit mit den vom Schweizer Beitrag profitierenden EU-Staaten optimiert wird.

Wir danken für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Vincenza Trivigno
Staatsschreiberin

Beilage

- Formular

Kopie

- swiss-contribution@deza.admin.ch



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Formular für die Stellungnahme im Rahmen der Vernehmlassung zum zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten

Stellungnahme von

Name / Kanton / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Aargau
Abkürzung der Firma / Organisation :
Adresse, Ort : Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Kontaktperson : Peter Sinelli, Sektion Finanzpolitik und Beteiligungen
Telefon : 062 835 24 57
E-Mail : peter.sinelli@ag.ch
Datum : 27. Juni 2018

Hinweise

1. Bitte dieses Deckblatt mit Ihren Angaben ausfüllen.
2. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte als Word-Dokument bis am **04.07.2018** an swiss-contribution@deza.admin.ch.

Allgemeine Bemerkungen zum Erläuternden Bericht

Der Regierungsrat des Kantons Aargau stimmt dem Vorhaben der Bereitstellung eines zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Staaten nur unter Vorbehalt zu. Diskriminierende oder sachfremde Entscheide der EU-Kommission, wie die befristete Anerkennung der Börsenäquivalenz, belasten die Beziehung zwischen der Schweiz und der EU. Der Kanton Aargau erwartet vor diesem Hintergrund im Rahmen des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Staaten eine bessere partnerschaftliche Zusammenarbeit, als sie in letzter Zeit von Seiten der EU-Staaten zu spüren war. Dabei gilt es von den EU-Staaten insbesondere die föderalistischen Elemente der Schweiz zu akzeptieren und zu anerkennen, dass diese wichtige institutionelle Pfeiler des Schweizer Staats darstellen. Trotz der inhaltlichen Sinnhaftigkeit sind auf politischer Ebene im Rahmen des zweiten Schweizer Beitrags bei den europäischen Staaten entsprechende Verbesserungen oder gewisse Gegenleistungen einzufordern.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau unterstützt das Schwerpunktthema Berufsbildung und Migration. Er erwartet jedoch vom Bund, dass beim Schwerpunktthema Migration mit den Kantonen und Gemeinden zusammengearbeitet wird und die Zusammenarbeit mit den vom Schweizer Beitrag profitierenden EU-Staaten optimiert wird.

Spezifische Bemerkungen zum Erläuternden Bericht

Seite / Ziffer	Kommentar	Änderungsvorschlag